

20. Juli 2010

URL: <http://www.welt.de/die-welt/politik/article8541656/Was-bedeutet-das-Ergebnis-des-Hamburger-Votums-fuer-die-Bildungspolitik-in-ganz-Deutschland.html>

## Was bedeutet das Ergebnis des Hamburger Votums ... für die Bildungspolitik in ganz Deutschland?

*von Thomas Vitzthum*

Monatelang hatte sie nichts zu den Hamburger Schulreformplänen sagen wollen. Am Tag nach dem Bürgerentscheid machte Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) aus ihrem Herzen keine Mördergrube mehr. Schon früh am Tage, im "Morgenmagazin" von ARD und ZDF, brach es aus ihr heraus: "Die Bürger sind es satt, dass ständig an den Schulstrukturen herumgedoktert wird." Die Ablehnung der vom schwarz-grünen Senat geplanten Reform sei ein Impuls, über die "wirklich wichtigen Fragen des Bildungssystems" nachzudenken. Was aber sind die wirklich wichtigen Fragen?

Sicher ist nur: Es gibt Reformbedarf in fast allen Bundesländern; das Bürgervotum gegen das längere gemeinsame Lernen der Grundschüler bis zur sechsten Klasse hat daran nichts geändert. Doch die als Reformen angetretenen Politiker mahnen nun zur Vorsicht. "Dialog", "Konsens", "die Betroffenen mitnehmen" sind Schlagworte, die aus dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Thüringen zu hören sind, wo Reformen geplant sind. Die CDU, die in Erfurt und Saarbrücken den Ministerpräsidenten stellt, geht bereits auf Distanz. "Es gibt Grenzen des Kompromisses mit dem Koalitionspartner", sagte der Fraktionschef der Thüringer CDU, Mike Mohring, der WELT. Hamburg habe gezeigt, dass sich die Partei zu viel habe abnehmen lassen. In den anstehenden Verhandlungen mit der SPD müsse die CDU in Thüringen ihren Markenkern mit einem gegliederten Schulsystem herausstellen. Saarlands Regierungschef Peter Müller verteidigt zwar das Konzept seiner Jamaikakoalition. Doch wirkt sein überdeutlicher Hinweis, dass man nur fünf Jahre gemeinsames Lernen geplant habe und das Gymnasium mit einer Verfassungsgarantie versehen wolle, als wollte er die Pläne bis zur Unsichtbarkeit kleinreden.

**Aus Bayern hallen die lautesten Rufe nach einem Stopp der Reformen. "Die Konsequenz aus Hamburg muss lauten: Schluss mit den Schulexperimenten!", sagte CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt der WELT. Das Hamburger Votum sei eine klare Absage der Menschen an ideologiegeprägte Umbauten. Dobrindt sieht die Kultusministerkonferenz in der Pflicht: "Alle Umbaupläne in NRW oder anderswo gehören nach dem eindeutigen Hamburger Bürgervotum sofort gestoppt. Das gehört auf die Tagesordnung der Konferenz."**

Der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands glaubt, dass es dazu eines Votums der Kultusminister überhaupt nicht bedarf. "Niemand wird sich in den nächsten zehn Jahren trauen, das längere gemeinsame Lernen durchzusetzen", so Heinz-Peter Meidinger.

Doch welche Reformen sind nun noch zu erwarten - und vor allem vermittelbar? Ein Element der Hamburger Pläne, das der Volksentscheid nicht betraf, ist die Zusammenlegung von Haupt- und Realschule zu einer neuen Schulform, der Stadtteilschule. Dieser Weg führt nach Meinung von Lehrern, Eltern und Politikern quer durch alle Parteien durchaus in die Zukunft. Im Osten Deutschlands steht das Schulsystem meist schon auf zwei Säulen - dem Gymnasium und einer Schule, die das Abitur ebenso wie Haupt- und

Realschulabschluss anbietet. Der Westen orientiert sich daran, denn der Ruf der Hauptschule ist ruiniert, und viele Schulen bluten aufgrund des demografischen Wandels aus. Das Gymnasium ist nach Hamburg sakrosankt, so dürften sich die Reformanstrengungen sinnvollerweise auf die Gestaltung der zweiten Säule konzentrieren.

Annette Schavan mahnt derweil, den reformerischen Impetus in die Lehrerbildung zu stecken. "Die wichtigsten Erfolgsfaktoren für Schulen sind guter Unterricht und überzeugende Lehrer", sagte die Bundesministerin dieser Zeitung. Deshalb gehöre die Ausbildung und Fortbildung von Lehrern in der Agenda der Bildungspolitik ganz nach oben.

URL: <http://www.welt.de/die-welt/politik/article8541657/Was-bedeutet-das-Ergebnis-des-Hamburger-Votums-fuer-das-Schulsystem-in-der-Hansestadt.html>

# Was bedeutet das Ergebnis des Hamburger Votums ... für das Schulsystem in der Hansestadt?

*von Insa Gall*

Hamburgs Schulsenatorin Christa Goetsch hat am Tag nach dem Volksentscheid die Fassung wiedergefunden. "Ein Scheißtag heute", war ihr noch am Vorabend entfahren, als die Auszählung der Stimmen immer klarer einen haushohen Sieg der Reformgegner zeigte, der ihre Pläne für eine sechsjährige Primarschule mit einem Schlag atomisierte. Gestern war Goetsch wieder ganz Senatorin. Sie will auch nach der Niederlage im Amt bleiben. "Wenn die See schwer ist, kann man nicht einfach das Schiff verlassen, sondern muss dafür sorgen, dass es wieder vernünftig an Land kommt", sagte die Grünen-Politikerin. Die Primarschulgegner der Volksinitiative "Wir wollen lernen!" hatten sich überraschend deutlich gegen das Bündnis der Bürgerschaftsparteien durchgesetzt, das die Reform unterstützte.

Grüne und CDU sehen in dem Ergebnis aber eine Sachentscheidung und keine vorgezogene Bürgerschaftswahl über die schwarz-grüne Koalition. Diese steht für sie eher wegen des Rücktritts von Bürgermeister Ole von Beust infrage.

In der Schulpolitik hingegen soll jetzt auf dem Volksentscheid aufgebaut werden. Goetsch sieht sich in der Verantwortung, den Teil der Reform umzusetzen, der nicht vom Volk gekippt wurde. Denn an Hamburgs Schulen soll nun nicht alles beim Alten bleiben, sondern vieles besser werden - auch ohne die sechsjährige Primarschule. Nach den Ferien gehen die neuen Stadtteilschulen an den Start. Die bei Bürgern und Politik gleichermaßen völlig unstrittige Verschmelzung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu einer zweiten Säule neben den Gymnasien ist vielleicht sogar der wesentlichere Teil der Reform. In den Gemeinschaftsschulen erhalten auch Späentwickler die Chance auf das Abitur - allerdings erst nach dem 13. Schuljahr. Auch die Grundschulklassen werden wie vereinbart deutlich verkleinert. Die Sprachförderung und die Ganztagschulen werden ausgebaut. Mit Hochdruck muss die Behörde jetzt die Grundschulstandorte neu planen, die zum neuen Schuljahr auf die Primarschulreform ausgerichtet waren. Vor allem aber will Christa Goetsch die innere Reform weiter vorantreiben, wie sie sagt, und neue, individualisierte Unterrichtsmethoden sowie eine moderne Lernkultur einführen.

Ob die Idee des längeren gemeinsamen Lernens in Hamburg auf Dauer tot ist und wann ein neuer Vorstoß zu ihrer Wiederbelebung unternommen werden könnte, darüber gibt es bereits Streit. Die jetzt durch Volkes Willen beschlossene Schulstruktur aus Grund- und Stadtteilschulen sowie Gymnasien soll mindestens zehn Jahre nicht mehr angefasst werden, meinen CDU und SPD. Die Zusage eines zehnjährigen

Schulfriedens galt nur für den Fall, dass die Primarschule kommt, heißt es hingegen bei den Grünen, die allerdings mit diesem Thema nicht in den nächsten Wahlkampf ziehen wollen. Das längere gemeinsame Lernen für alle Ewigkeiten auszuschließen könne aber nicht Ergebnis des Volksentscheides sein, betont Fraktionschef Jens Kerstan fast trotzig.

URL: <http://www.welt.de/die-welt/politik/article8541658/Was-bedeutet-das-Ergebnis-des-Hamburger-Votums-fuer-den-Schulstreit-am-Rhein.html>

# Was bedeutet das Ergebnis des Hamburger Votums ... für den Schulstreit am Rhein?

*von Kristian Frigelj*

Der Hamburger Volksentscheid hat den Schulstreit in Nordrhein-Westfalen angeheizt, wo die rot-grüne Landesregierung ebenfalls das längere gemeinsame Lernen forciert. "Wir haben einen ganz anderen Weg geplant und können den auch so weitergehen, weil wir nicht auf einen Systemwechsel von oben setzen, sondern auf Freiwilligkeit. Wir zwingen keine Kommune", sagte die neue Landeschulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) der WELT. Städte und Gemeinden würden selbst entscheiden, "ob und wie sie ihre Schullandschaft vor Ort verändern wollen".

Das geltende Gesetz erlaubt es, neue Schulmodelle einzuführen. Zuvor müssen sich Eltern, Lehrer und Schulträger gemeinsam einigen. Nach Angaben Löhrmanns haben einige Kommunen entsprechende Anträge gestellt, die vom Ministerium geprüft werden. Zudem will das Land mit einer Schulgesetznovelle die Gestaltungsmöglichkeit der Kommunen erweitern, um leichter Gemeinschaftsschulen gründen zu können. Bis zum Jahr 2015 will Rot-Grün 30 Prozent aller weiterführenden Schulen in Gemeinschaftsschulen umwandeln.

CDU und FDP drohen mit Volksentscheiden, sollte die Koalition Gesetzesänderungen wagen. "Die Gemeinschaftsschule wird ‚mit der goldenen Brechstange‘ durchgesetzt", kritisierte CDU-Fraktionschef Karl-Josef Laumann. Es gebe eine "klare einseitige Bevorzugung" von Gemeinschaftsschulen bei Finanzen und Ausstattung. Gymnasien und Realschulen würden verschwinden. "Wer beim achtjährigen Gymnasium zwei Jahre ‚gemeinsames Lernen‘ des leistungsstärksten Gymnasiasten mit dem schwächsten Hauptschüler will, der schadet beiden und zerstört die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Gymnasiums", sagte Laumann. FDP-Fraktionschef Gerhard Papke sieht NRW auf einem noch radikaleren Weg als Hamburg, weil die Differenzierung möglichst bis zur Klasse 10 unterbleiben solle. "Wer Hand an die Gymnasien legt, provoziert einen Volksaufstand", sagte Papke. fri